

G l i e d e r u n g

	Seite
I. Einleitung	1
1. Die Problemstellung	1
2. Die Problemabgrenzung	9
II. Zwei Vorfragen zur Thematik	21
1. Die Bindung des Richters an Präjudizien	21
2. Das Vorliegen einer Rechtsprechungsänderung	34
a) Zur Divergenzrevision und zum Ausgleichs- verfahren	36
b) Die einzelnen Voraussetzungen einer Recht- sprechungsänderung	45
III. Die unterschiedlichen Auffassungen zur Wirkung einer höchststrichterlichen Rechtsprechungsänderung im Ar- beitsrecht	64
1. Exkurs: Die Judikatur des BVerfG zur Rückwirkung von Gesetzen	64
a) Die echte und die unechte Rückwirkung	64
b) Die Kritik an der Unterscheidung zwischen ech- ter und unechter Rückwirkung und die hieraus zu ziehenden Folgerungen	71
2. Die verfassungsrechtlich orientierten Lösungsvor- schläge	73
3. Die materiell-rechtlichen Lösungswege	82
4. Die Auffassung des BAG	88
5. Das absolute Rückwirkungsgebot einer geänderten Rechtsprechung	96
IV. Zwischenbetrachtung	98
V. Der methodische Weg zur Rechtsprechungsänderung und die Rückwirkungsproblematik	101
VI. Das Verhältnis von Gesetzgebung und Rechtsprechung	112

	Seite
1. Die methodische Grundlegung	115
a) Das Problemendenken	117
b) Das Systemdenken	118
c) Die Annäherung von Problemendenken und Systemdenken	120
2. Die verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Judikative	122
a) Der Gewaltenteilungsgrundsatz	123
b) Die verfassungsrechtliche Funktion und Organstruktur von Gesetzgebung und Rechtsprechung	125
aa) Der Regelungsgegenstand	126
bb) Der Geltungsbereich	128
cc) Die Verwirklichung der Gerechtigkeit	130
dd) Die personellen und sachlichen Mittel	132
3. Das gegenwärtige Verhältnis von Gesetzgebung und Rechtsprechung in der arbeitsrechtlichen Judikatur	134
a) Die wertausfüllungsbedürftigen Begriffe und Generalklauseln	135
b) Die gesetzesvertretende Rechtsprechung	137
c) Die gesetzesändernde Rechtsprechung	140
d) Die voranwendende und vorberücksichtigende Rechtsprechung	143
e) Die Richtlinien-Rechtsprechung	147
4. Zusammenfassung, Stellungnahme und Folgerungen für den weiteren Gang der Untersuchung	148
 VII. Die Gewährung von Vertrauensschutz gegenüber einer höchstrichterlichen Rechtsprechung	 151
1. Der Ausgangspunkt	151
2. Die Ursachen der Annahme von Vertrauen in den Fortbestand der Rechtsprechung	153
3. Die einzelnen, widerstreitenden Aspekte der Schutzwürdigkeit des Vertrauens in den Fortbestand der Rechtsprechung	155
a) Der individualrechtliche Aspekt	157
b) Die Notwendigkeit einer richterlichen Spruchänderung	159

	Seite
aa) Die Gründe für Rechtsprechungsänderungen	160
bb) Die Systematisierung der zu einer Rechtsprechungsänderung führenden Faktoren	169
c) Die Rechtsprechung als Bezugspunkt des Vertrauens	171
aa) Der Regelungsgegenstand und der Vertrauensgedanke	171
bb) Der Geltungsbereich und der Vertrauensgedanke	172
cc) Die quasilegislatorische Rechtsprechung und der Vertrauensgedanke	175
d) Das fehlende Prozeßinteresse bei nur zukunftsgerichteter Rechtsprechungsänderung	177
e) Weitere, die Gewährung von Vertrauensschutz beeinflussende Umstände	180
aa) Die Vorhersehbarkeit einer Rechtsprechungsänderung	181
bb) Die Ankündigung einer Rechtsprechungsänderung	183
4. Die Abwägung der einzelnen Beurteilungselemente für ein Vertrauen in die höchstrichterliche Rechtsprechung	186
a) Die Abwägung im Bereich der "herkömmlichen" Rechtsprechung	187
b) Die Abwägung im Bereich der quasilegislatorischen Rechtsprechung	195
5. Die rechtlichen Wirkungen der Zubilligung von Vertrauensschutz	197
VIII. Thesenförmige Zusammenfassung	203